Auswärtiges Amt

DEUTSCHLAND
FÜR DEN SICHERHEITSRAT
DER VEREINTEN NATIONEN
2027-2028

Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Charlotte Antonia Neuhäuser
Platz der Republik 1
11011 Berlin

**Dr. Géza Andreas von Geyr**
Staatssekretär

Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Postanschrift:
11013 Berlin

Tel. +49 30 18 17-2075
Fax +49 30 18 17-52075

buero.geyr@diplo.de

www.auswaertiges-amt.de

**Schriftliche Fragen für den Monat November 2025**
**Frage Nr. 11-0520**

Berlin, 11. Dezember 2025

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre Frage:

***Nach welchen außen- und entwicklungspolitischen Erwägungen hat die Bundesregierung entschieden, dass der deutsche Botschafter in Tansania an der Vereidigungszeremonie der wiedergewählten Präsidentin Tansanias, Samia Suluhu Hassan, am 3. November 2025 teilnehmen wird, obwohl regionale Wahlbeobachtungsmissionen das Verfahren als nicht demokratischen Standards entsprechend eingestuft haben und das UN-Menschenrechtsbüro sowie internationale Menschenrechtsorganisationen über die Tötung zahlreicher Demonstrierender, darunter vieler junger Menschen, im Umfeld der Wahlen vom 29. Oktober 2025 berichten, und wird die Bundesregierung angesichts dieser Vorwürfe die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Tansania sowie die Fortführung der laufenden Programme reevaluieren?***

beantworte ich wie folgt:

Auf die Antwort der Bundesregierung vom 27. November 2025 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Vinzenz Glaser (Bundestags-Drucksache Nr. 21/2979, Frage 43) wird verwiesen.

Zudem haben die Botschafterinnen und Botschafter der EU-Mitgliedstaaten, in Tansania zusammen mit Großbritannien, Kanada, Norwegen und der Schweiz, in einer Stellungnahme am 5. Dezember 2025 die Tötung Demonstrierender und fehlende demokratische Standards bei den Wahlen verurteilt, zu maximaler Zurückhaltung der Sicherheitskräfte, der Freilassung aller politisch Gefangenen sowie eine transparente, inklusive Aufarbeitung der Ereignisse aufgerufen.

Gemeinsam mit den EU-Partnern hat sich die Bundesregierung Anfang November dazu entschlossen, für einen Zeitraum von drei Monaten keine neuen entwicklungspolitischen Zusagen zu tätigen. Während dieses Zeitraums beobachtet sie die weiteren Entwicklungen in Tansania sehr genau und sucht fortlaufend das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der tansanischen Regierung.

Mit freundlichen Grüßen

